GS-SZ-01-014

Wir machen den Sozialstaat sicher und zukunftsfest

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu GS-SZ-01

Von Zeile 13 bis 19:
auch eine Voraussetzung für Kreativität und Lebensmut. Denn wer verunsichert ist, kann nicht frei aufspielen. ~~Gerade weil wir außen-, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch in unruhigen Zeiten leben, ist soziale Sicherheit wichtiger denn je. Solidarität ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es gibt Gruppen, die sind schlecht abgesichert: prekär Selbständige mit unsteten Lebensläufen, Frauen ohne eigene Rentenansprüche, niedrig Entlohnte ohne Geld für die Altersvorsorge. Wir müssen den Sozialstaat verbessern, damit er sein Sicherheitsversprechen für alle halten kann.~~

Das jetzige Sozialsystem basiert auf dem Almosen- und Anreizprinzip und bietet daher keine gerechte soziale Sicherheit. Viele werden um die Früchte ihrer Arbeit betrogen, die Kürzung von Sozialleistungen um 80 bis 100% betrifft Arbeitswillige, Sparsame und Rentner. Wir wollen dieses willkürliche und unfaire System in ein gerechtes Teilhabesystem umwandeln.

Gerade weil wir außen-, gesellschafts- und wirtschaftspolitisch in unruhigen Zeiten leben, ist soziale Sicherheit wichtiger denn je. Solidarität ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es gibt Gruppen, die sind schlecht abgesichert: prekär Selbständige mit unsteten Lebensläufen, Frauen ohne eigene Rentenansprüche, niedrig Entlohnte ohne Geld für die Altersvorsorge. Wir müssen den Sozialstaat verbessern, damit er sein Sicherheitsversprechen für alle halten kann.

Begründung

In der Kapitel-Einleitung „GS-01: Gerechtigkeit im Sinn“ heißt es ab Zeile 54

„So stärken wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Akzeptanz unserer Demokratie, die durch Ungerechtigkeiten gefährdet sind.“ Auch in diesem Kapitel GS-SZ-01 heißt es in Zeile 8/9 „wir müssen dafür sorgen, dass … es [der Sozialstaat] dabei gerecht zugeht.“

Bei den folgenden Andeutungen “… ob beim Jobverlust Armut droht. Wenn Menschen den Abstieg fürchten, ist das Gift für den sozialen Zusammenhalt“ bleibt der Programmentwurf stehen, ohne die dahinterliegenden Probleme zu konkretisieren oder den Willen, sie zu beseitigen, erkennbar zu machen.

Neben den Grundsicherungs-Kürzungen („Sanktionen“), die an anderer Stelle in diesem Kapitel bereits erwähnt sind, wird im beantragten Text auf die drei weiteren gravierendsten Kürzungen Bezug genommen, die das Sozialsystem ungerecht und einer modernen Gesellschaft unwürdig machen; Arbeitslose werden für ihre früheren Ersparnisse bestraft, Geringverdiener mit 80% Abgaben belastet, geringe Rentenansprüche entfallen durch die Mindestsicherung, wobei die erfolgten Einzahlungen ersatzlos entwertet werden.

Durch dieses Prinzip der sogenannten „Transferentzüge“, d.h. extremen Kürzungen von Sozialleistungen um 80 bis 100% nach teils willkürlichen Kriterien, ist unser Sozialsystem im Charakter kein Teilhabesystem, sondern ein Almosensystem. (Eine ausführlichere Darstellung und Begründung der Bedeutung entsprechender Reformen findet sich im Blogbeitrag „Die sieben Sünden des Sozialsystems“, http://www.gruene.de/themen/sieben-suenden-des-sozialsystems.html.)

Unterstützer*innen

Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Iris Witt (Düsseldorf KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Ingrid Ochse (Berlin-Mitte KV); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Christa Fischer (Berlin-Kreisfrei KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV)